

Gz.: Pr 600.00 SB/ ÖP 2018 / SE Gorokhovsky

Zuwendungsvertrag

Die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Auswärtige Amt, dieses handelnd durch Frau Annette Pölking, Leiterin des Pressereferates der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Kiew, im weiteren Zuwendungsgeber (ZG) genannt, und Herrn Oleksandr Gorokhovsky, Zentrum für Analysen und Untersuchungen, im weiteren Zuwendungsempfänger (ZE) genannt, vereinbaren Folgendes:

Der ZG gewährt dem ZE für die Vorbereitung und Durchführung des Projekts Fact checking.
Factor of promotion of democracy by journalists in regions of Ukraine vom 01.12.2018 bis
31.03.2019 in der Ukraine im Wege der Fehlbedarfsfinanzierung eine nicht rückzahlbare
Zuwendung

in Höhe von bis zu

(in Worten: Sechsundzwanzigtausendfünfhundertneunzig Euro).

Die Auszahlung erfolgt in Hrywnja per Überweisung zum aktuellen Kurs der Zahlstelle der Deutschen Botschaft Kiew am Tag der Auszahlung.

Die Auszahlung erfolgt in zwei Tranchen. Die erste Tranche für das Haushaltsjahr 2018 wird Anfang Dezember 2018 in Höhe von 12.065,- Euro ausgezahlt. Die zweite Tranche für das Haushaltsjahr 2019 wird Anfang Januar 2019 in Höhe von 14.525,- Euro ausgezahlt. Die Gewährung der Bundesmittel steht unter dem Vorbehalt der Verfügbarkeit der veranschlagten

Haushaltsmittel im Jahre 2018 und im Jahre 2019. Aus der in den Haushaltsjahren 2018 und 2019 gewährten Zuwendung kann eine künftige Förderung im bisherigen Umfang nicht abgeleitet werden.

- 2. Der ZE verpflichtet sich, das in Ziffer 1 genannte Vorhaben in der im Projektantrag beschriebenen Weise durchzuführen.
- 3. Der Betrag ist ausschließlich zur Bestreitung von Ausgaben für die Durchführung des Projekts Fact checking. Factor of promotion of democracy by journalists in regions of Ukraine bestimmt.

Das Geld darf nicht für andere Zwecke verwendet werden.

- 4. Der ZE verpflichtet sich daher, dem ZG das Geld unverzüglich ganz oder zum Teil zu erstatten, wenn das Vorhaben nicht oder nur eingeschränkt durchgeführt oder finanziert wird, da ansonsten Verzugszinsen erhoben werden. Die bewilligten Mittel sind zurückzuzahlen, wenn sie nicht oder nicht ordnungsgemäß und zweckentsprechend verwendet werden. Zu erstatten ist der Euro-Betrag (bei Teilzahlungen die Summe der Eurobeträge), der bei Auszahlung durch die Zahlstelle der Botschaft angeschrieben wurde. Bei Erstattung in Landeswährung gilt der Euro-Betrag als gezahlt, der sich bei Umrechnung zum gültigen Zahlstellenkurs am Tag der Zahlung ergibt.
- 5. Nach Beendigung des Vorhabens, spätestens zum 30.06.2019 hat der ZE einen Nachweis über die Verwendung der Gelder zu fertigen und dem ZG vorzulegen. Dieser Nachweis besteht aus einem kurzen Sachbericht (Beschreibung der durchgeführten Maßnahme sowie ihres Erfolgs) und einer Darlegung der entstandenen Ausgaben und ihrer Finanzierung. Dem Nachweis sind eine tabellarische Belegliste sowie die Zahlungsbelege im Original beizufügen.
- 6. Der ZE wird bei der Darstellung nach außen auf die Förderung der Maßnahmen durch die deutsche Auslandsvertretung hinweisen und auch das Logo der deutschen AV verwenden. Beiträge in sozialen Netzwerken sind mit dem hashtag #civilsocietycooperation zu kennzeichen,
- 7. Auf diesen Vertrag findet deutsches Recht Anwendung.

- 8. Der Antrag des Zuwendungsempfängers sowie der Kostenplan vom 19.11.2018 ist Bestandteil dieses Vertrages.
- 9. Änderungen dieses Vertrages bedürfen der Schriftform.

Kiew, den 30.11.2018

(Annette Polking)

3